Ludmila Thomas

Rußland im Jahre 1900

Die Gesellschaft vor der Revolution

Antrittsvorlesung

13. Oktober 1992

Humboldt-Universität zu Berlin
Fachbereich Philosophie und Geschichtswissenschaften

Institut für Geschichtswissenschaften

Der vollständige Text dieser Antrittsvorlesung erscheint im „Berliner Jahrbuch für osteuropäische Geschichte“, Bd. 1, Berlin 1994

Herausgeberin:
Die Präsidentin der Humboldt-Universität zu Berlin
Prof. Dr. Marlis Dürkop

Copyright: Alle Rechte liegen bei der Verfasserin.

Redaktion:
Christine Gorek
Forschungsabteilung der Humboldt-Universität
Unter den Linden 6
10099 Berlin

Herstellung:
Linie DREI, Agentur für Satz und Grafik
Wühlischstraße 33
10245 Berlin

Heft 26

Redaktionsschluß:
14. 03. 1994

Jahrhundertwenden sind für die Zeitgenossen eine Herausforderung, ein Anlaß für Fazit und Prophezeiung. Am Ende eines Jahrhunderts den Blick auf seinen Beginn wie auch auf seinen Verlauf zu werfen, um sich über das Stück Geschichte, das noch lebende Zeugen aufzuweisen hat, Klarheit zu verschaffen, - diese natürlich wirkende Art der Zusammenfassung wird uns sicherlich, zumal uns das Ende des Jahrtausends bevorsteht, öfter angeboten werden als uns recht sein mag. Der Historiker fühlt sich herausgefordert, durch die, über die - geschichtlich betrachtet - kurze Spanne von 100 Jahren hinausreichenden, Vergleiche und Überblicke der bevorstehenden Aktion „Jahrtausendwende“ den Versuch einer spektakulären Urteilssprechung zu unternehmen. Daneben bietet sich die Versuchung an, die Fehlurteile und die falschen Prophezeiungen derer in Erinnerung zu rufen, die vor 100 Jahren meinten, den Weg des 20. Jahrhunderts voraussehen zu können. Es ist eine dankbare Aufgabe: Man kann immer wieder von neuem darüber staunen, wie abwegig die Urteile und die Zukunftsvoraussagen im einzelnen und auch im ganzen waren. Allerdings erwarten wir oft von denen, die vor 100 Jahren von der Zukunft zu sprechen wagten, daß sie ihre Zukunft so sehen konnten wie wir unsere Gegenwart beurteilen. Wir geben denjenigen Recht, die unsere Gegenwart so sahen wie wir sie sehen. Dabei sind wir imstande, bei solchen Anlässen völlig von dem Gedanken zu abstrahieren, daß unsere Sicht genauso zeitweilig ist wie die unserer Vorgänger.

Zweifel an der Berechtigung der künstlichen, eher symbolischen Zäsur, um welche es sich bei Jahrhundertwenden handelt, sind durchaus einsichtig. Doch sie provozieren auch die Frage, wie oft natürliche Zäsuren in der Geschichte vorkommen. Im Falle Rußlands kann immerhin auf die Tatsache verwiesen werden, daß die Zäsur - der Beginn der revolutionären Erschütterungen - nur ein paar Jahre von der Jahrhundertwende getrennt ist. Die künstliche

Zäsur fällt beinahe mit der natürlichen zusammen. Dagegen spricht die ebenfalls begründete Auffassung, daß erst der Ausbruch des ersten Weltkrieges den endgültigen Abschied vom 19. Jahrhundert bedeutete.

Die Überzeugung, daß das für das 20. Jahrhundert Wesentliche schon passiert sei, so daß es durchaus an der Zeit wäre, zu prüfen, ob die mit dem Beginn des Jahrhunderts verknüpften Erwartungen auch eingelöst werden konnten, muß auch unter den Historikern geherrscht haben, die im Frühjahr 1988 in Sellin auf Rügen auf einem Kolloquium das Thema „Europa um 1900“ erörterten. Es war eine internationale Begegnung, von Karl Ottmar von Aretin und von Fritz Klein organisiert, und die Beweggründe ihrer Teilnehmer, 12 Jahre vor dem Ende des Jahrhunderts über seinen Anfang nachzudenken, mögen unterschiedlich gewesen sein. Das Protokoll der Tagung ist veröffentlicht worden[1], so daß wir uns heute vergewissern können, worum es damals in dem kleinen, von dem langen Winterschlaf noch nicht erwachten DDR-Badeort ging. Die Ahnung, daß es vielleicht noch zu früh sei, mit der Retrospektive zu beginnen, weil das Jahrhundert noch nicht seine ganze Wahrheit „verraten“ hat, ist in diesem Protokoll nicht zu finden. In einem Land an der Naht des scheinbar nur zweigeteilten Europas war der Friede das erklärte Hauptproblem gewesen. Angesichts der vorherrschenden Ost-West-Konfrontation übersah man ganz natürlich, daß Europa auch schon zu jener Zeit mehr als nur zweigeteilt war.

Fünf Jahre später hatte sich die aktuelle Begründung für das Bedürfnis, Rußlands Einstieg in das 20. Jahrhundert zu untersuchen, so sehr verändert, daß die Argumente von damals nur mit Mühe in Erinnerung gerufen werden können. In der Sorge um den Weltfrieden, in der die DDR durchaus westeuropäisch einzuordnen war, spielte die Einschätzung der Sowjetunion hinsichtlich ihrer Großmachtposition, ihrer Traditionen und Ambitionen eine primäre Rolle. Die gerade 3 Jahre alte Perestrojka wurde wegen der Chancen für die Abrüstung und wegen der noch sehr vagen Hoffnung auf eine Beendigung des Wettrüstens für die Welt spannend. Die innere Demokratisierung sollte lediglich als Garantie der Unumkehrbarkeit des Abrüstungsprozesses unterstützt werden.

Die Auflösung des Ostblocks, den man heute mehr denn je für ein künstliches Machtgebilde, für ein Völkerkonglomerat ohne geschichtliche Wurzel zu halten neigt, vor allem aber der Zerfall der Großmacht Sowjetunion, führen zu neuen Fragestellungen in der Geschichtsschreibung bzw. in der mit Geschichtskonzepten arbeitenden Publizistik. Bei der Betrachtung der russischen Geschichte geraten vor allem zwei Schlüsselfragen in das Feld aktueller Auseinandersetzungen: Die Großmachtrolle Rußlands in Europa - die Ursachen, die inneren Quellen, die zeitlichen Grenzen des Phänomens und die Einordnung der Oktoberrevolution - sowie die darauf folgenden 75 Jahre in der Kontinuität der russischen, der europäischen und der Weltgeschichte.

Die innere Verbindung zwischen den Problemkreisen ist, bezogen auf die uns interessierende Jahrhundertwende, leicht herzustellen. Zu fragen ist:

War das Rußland des Jahres 1900 eine europäische Großmacht mit normalen, auf dem Wege von sozial-politischen Reformen lösbaren Entwicklungsschwierigkeiten oder war es schon damals keine Großmacht mehr oder eine Großmacht auf Pump? Und wie gesetzmäßig, um bei der sehr gebräuchlichen Formulierung zu bleiben, war die Oktoberrevolution?

Diese Fragen werden hier gestellt, ohne die Hoffnung darauf, eine für den Historiker gültige Antwort geben zu können. Die Schwierigkeit einer solchen Antwort sehe ich in der unvollständigen Kenntnis der dafür erforderlichen Quellen. Noch mehr aber sehe ich sie in dem Unvermögen, die von Wilhelm von Humboldt an die Historiker gerichtete Forderung zu erfüllen. Dieser Gelehrte, dessen Namen unsere Universität trägt, ohne sich sonderlich um sein Erbe zu kümmern, warnte davor, bei der „nackten Absonderung des wirklich Geschehenen“ stehen zu bleiben. Denn das hieße „die eigentliche innere, in dem ursächlichen Zusammenhang gegründete Wahrheit einer äußeren, buchstäblichen, scheinbaren aufopfern, gewissen Irrtum wählen, um noch ungewisser Gefahr des Irrtums zu entgehen“.[2] Sich der ungewissen Gefahr des Irrtums zu stellen, bereitet nach der Zeit, in der man schon glaubte, das schwierigste Problem sei nicht, die Wahrheit zu finden, sondern sie auszusprechen, nach wie vor Schwierigkeit und neues Vergnügen.

Nach diesen Vorbemerkungen möchte ich für das Thema folgende Schwerpunkte ankündigen:
Erstens, möchte ich einige Konturen des Rußlandbildes um 1900 in Erinnerung rufen, vor allem solche, bei denen angesichts neuer Quellen jüngste Forschungen oder die Rückkehr zu vergessenen Fragestellungen produktiv erscheinen.
Anschließend möchte ich mich zu der Problematik der Revolution äußern. Und schließlich werde ich mich kurz mit der Einordnung der Geschichte Rußlands in den europäischen Kontext auseinandersetzen.
Rußland war im Jahre 1900 ein Land, in dem die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen auf vielen sozialen Ebenen stark ausgeprägt war. Sie rührte sowohl aus der Erinnerung an die in den letzten Jahrzehnten eingebüßte Machtposition in Europa als auch aus dem ungeduldigen Drängen nach Verwirklichung unterschiedlicher politischer, geistiger und ökonomischer Zukunftsmodelle. Die Auswahl der Reihenfolge - die ökonomischen Modelle an letzter Stelle - ist nicht zufällig erfolgt.
Zieht man für die Charakteristik der damaligen ökonomischen Lage Zahlen heran, so ergibt sich kein eindeutiges Bild. Bis heute fasziniert das Tempo und das Ausmaß des Eisenbahnbaus: In den fünf Jahren vor 1901 wurden 20 000 Streckenkilometer freigegeben. Zum Vergleich: Das gesamte Streckennetz Deutschlands mit allen Nebenstrecken betrug zu diesem Zeitpunkt knapp 50 000 km. Um den Gesamtrahmen noch genauer zu umreißen: 1861 hatte Rußland 2 000 km Eisenbahnstrecke aufzuweisen und 1905 waren es 60 000 km. Ähnliche Wachstumsziffern weisen die Eisen- und Stahlproduktion, die Steinkohle- und Erdölförderung, der Baumwollverbrauch auf. Die Einfuhrziffern liegen um die Jahrhundertwende um etwa ein Fünftel, 1905 um ein Drittel niedriger als die der Ausfuhr. Und auch die Tatsache, daß die Pro-Kopf-Produktionsziffern nicht so günstig ausfielen, weil sich die Bevölkerung des Landes im gleichen Zeitraum etwa um ein Viertel vermehrt hatte, ist ebenfalls kein Zeichen einer besorgniserregenden Entwicklung.
Die schwachen Stellen dieser Bilanz sind bekannt: Der Anstieg der Eisenproduktion beeindruckt weniger, wenn man weiß, daß

er auf die Jahre folgte, in denen die auf Leibeigenenarbeit beruhende Produktion nach 1861 stark zurückging. Die positive Handelsbilanz, die durchaus keine Entsprechung in der Zahlungsbilanz fand, basierte auf der Getreideausfuhr, und zwar auch in den Mißernte- und Hungerjahren. Die Berichte über die Hungerhilfe im Wolgagebiet, die dank des Engagements von Lew Tolstoj eine große Öffentlichkeit fanden, bleiben auch dann überzeugende Zeugnisse, wenn man inzwischen weiß, daß der Pro-Kopf-Getreidebedarf, der den offiziellen Berichten zugrunde gelegt wurde, von der sehr reichlich bemessenen Menge von 320 kg Getreide pro Jahr ausging. Seit den 70er Jahren wurde diese Norm im Durchschnitt ständig um ein Viertel bis ein Drittel überschritten.[3]

Ernste Besorgnis riefen vor allem Tatbestände hervor, deren Wirkungen nur aus der Sicht jener Zeit richtig eingeordnet werden können. Es handelt sich um das sowohl in der Geschichtsforschung als auch in der Propaganda unmittelbar nach 1917 viel strapazierte Problem der - tatsächlichen oder vermeintlichen - Abhängigkeit vom Auslandskapital. Mittlerweile hat es sich erwiesen, daß diese Abhängigkeit damals lediglich ein Scheinproblem darstellte.

Der Umfang der Auslandsschulden des zaristischen Rußlands, der übrigens nie exakt errechnet worden ist, erscheint dem heutigen Betrachter als eine Bagatelle. Doch unter der Feder von Historikern der 20er Jahre schwoll er zu einem Riesenberg an, um Argumente und Beweise für die koloniale Abhängigkeit des Landes von dem Westen zu liefern.

Mehr als die puren Zahlen überzeugen hingegen die bekannten Zusammenhänge. Für den energischen und wendigen Finanzminister Vitte gehörte die Kreditwürdigkeit des Staates und der Wirtschaft zu den größten Problemen. Deshalb bestand eine seiner Hauptsorgen darin, daß die Zinszahlungen auf Staatsschulden rechtzeitig erfolgten. Dies war um so wichtiger, da er ständig in der Sorge um weitere Auslandsanleihen lebte, die er als Grundvoraussetzung für seine Politik betrachtete.

Er befand sich in einer für den Finanzminister eines europäischen Landes einmaligen Situation. Dies nicht etwa deshalb, weil er auf Anleihen im Ausland angewiesen war, auch nicht wegen der

Größe der Anleihen, sondern deshalb, weil er im eigenen Lande Machtkämpfe auszutragen hatte, in denen seine erfolgreiche Anleihepolitik als Argument gegen ihn beim Zaren gebraucht wurde. Dokumente aus den Archiven des Staatsapparates enthalten zahlreiche Zeugnisse solcher Auseinandersetzungen, in denen die Mehrheit der hohen Staatsbeamten in endlosen Debatten ihre patriotische Überzeugung mit Argumenten gegen das Auslandskapital demonstrierte, indem sie gegen das Auslandskapital zu Felde zog. Nicht anders verhielt sich auch die offiziöse Presse, sofern sie nicht unter dem Einfluß der sogenannten Vitte-Partei stand.

Die Befürwortung oder die Ablehnung des Auslandskapitals, und nicht etwa die Schwierigkeiten, die notwendigen Mittel zu bekommen, wurden breit erörtert, während ernsthafte Fragen nach dem Zustand der Wirtschaft, die sich auf die Kreditwürdigkeit im Ausland auswirkten, ignoriert wurden. Es handelte sich dabei um ein typisches Beispiel für die Verdrängung des eigentlichen, schwer lösbaren Problems durch ideologisch bedingte Scheinprobleme.

In den Kreisen der Regierung und des Zarenhofs rief dagegen eine andere alarmierende Erscheinung tiefe Besorgnis hervor: Mitte der 90er Jahre stellte sich wieder einmal heraus, daß Rußland im Rüstungswettlauf mit den Großmächten nicht mithalten konnte. Die Initiative einer Friedenskonferenz, die vom Zaren ausging, sollte diese Tatsache vertuschen. Sie war aber im Gegenteil bestens geeignet, alle beteiligten Mächte auf diesen Zustand aufmerksam zu machen. Über das Zustandekommen der Initiative des Zaren kursierten in Petersburg Gerüchte und Anekdoten. Kriegsminister Kuropatkin habe, nachdem er, vier Tage nach dem Beschluß über die enorme Erhöhung des Marineetats, im Gespräch mit einem General erfahren hatte, daß Frankreich und Deutschland ein neues Schnellfeuergeschütz einzuführen gedachten, dem Zaren die Idee einer allgemeinen Abrüstung unterbreitet. Nun sollte auch Österreich-Ungarn die neue Waffe übernehmen. Statt die für die Umbewaffnung notwendigen 130 Mio. Rubel zu fordern, schlug Kuropatkin dem Zaren vor, schleunigst ein Abkommen mit Österreich abzuschließen, in dem sich beide Staaten verpflichten sollten, 10 Jahre lang keine Schnellfeuerge-

schütze zu bauen. Der Zar habe dem Vorschlag zugestimmt, er sei aber noch weitergegangen. Er habe gleich an die Möglichkeit gedacht, die westliche Rüstung zu verzögern. Deshalb habe er eine Abrüstungskonferenz vorgeschlagen. Die weitere Entwicklung der Ereignisse bis zu dem Zustandekommen der ersten Friedenskonferenz wurde mehrmals beschrieben; insbesonders ist die von Jost Dülffer stammende Analyse hervorzuheben.

Es wäre jedoch falsch anzunehmen, daß für die russische Außen- und Militärpolitik der Abrüstungsgedanke eine ernstere Rolle gespielt haben sollte als etwa für Deutschland, dessen Staatssekretär im Auswärtigen Amt und spätere Kanzler Bülow auf die Zarennote mit Überlegungen reagierte, wie es am besten anzustellen wäre, daß „dieser Friedens- und Entwaffnungsgedanke ... an Englands Ablehnung scheiterte, ohne daß wir dabei in den Vordergrund treten“.[4]

Die Sorge um Rußlands militärische Stärke bildete, zumindest an der Oberfläche, eines der Hauptmotive für die Unzufriedenheit und die Enttäuschungen in den oberen Gesellschaftsschichten. Rußlands Machthaber gehörten in der Mehrheit nicht mehr der Generation an, welche die Niederlage im Krimkrieg bewußt erlebt hatte. Dennoch war die Kräftekonstellation, wie sie sich nach dem Krimkrieg herausgebildet hatte, noch an der Situation in Europa 1900 ablesbar. Nach wie vor figurierte England in der lebendigen Erfahrung der Gestalter der russischen Außenpolitik als ein Hauptgegner. Die in Petersburg verfaßten Pläne, Englands außenpolitische Schwierigkeiten an der Jahrhundertwende auszunutzen, um eine Revision der Festlegungen nach dem Krimkrieg zu erwirken, sind veröffentlicht worden.

Zugleich waren die Ergebnisse der inneren Reformen der 60er Jahre dahingehend zu prüfen, inwieweit sie vermocht hatten, Rußland für eine Revision der Ergebnisse des Krimkrieges zu befähigen, vor allem die Erinnerungen an die Schande von Sewastopol zu tilgen. Der Krimkrieg, der nach Einschätzung Winfried Baumgarts alle Elemente eines Weltkrieges in sich barg, sei nur deshalb ein „unvollendeter, unausgefochtener Weltkrieg“ geblieben, weil Alexander II. sich nach dem österreichischen Ultimtum für den Ausstieg aus dem Krieg entschieden hatte. Dies habe er getan, um die dringenden inneren Reformen zu vollen-

den. Das Reformwerk, in dem die Abschaffung der Leibeigenschaft die zentrale Rolle spielte, bewirkte - geht man allein davon aus, daß dies mehr als 10 Mio. Bauern betraf - durch einen Erlaß des Monarchen einen einmaligen Zuwachs an Freiheit. Bei einer kritischen Betrachtung der zur Begründung dieser Maßnahme angeführten Argumente fallen die Passagen auf, die auf die Gerechtigkeit, die moralische Pflicht und sogar auf das wachsende Selbstbewußtsein des ganzen Volkes verweisen. Hingegen fanden die Aspekte, die sich um den ökonomischen Nutzen der Reform oder um die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes gruppierten, in der Argumentation keinen Niederschlag. Die Regierung entließ sich vielmehr aus der Verantwortung für die materiellen Einbußen, die für die Gutsbesitzer aus der neuen Situation erwuchsen. Daher vermied sie es, Argumente des wirtschaftlichen Kalküls zu gebrauchen und konzentrierte sich ausschließlich auf den ethisch-moralischen Aspekt der Bauernbefreiung.

Für eine kurze Zeit schienen auch die äußeren Feinde vergessen zu sein, denn die polnischen Ereignisse wurden als eine vorwiegend innere Angelegenheit betrachtet. Aus eigener Kraft, ohne sich vordergründig auf Kriegssiege und Neueroberungen zu berufen, sollte das reformierte Rußland stark werden. Am Ende der Herrschaft Alexander II., dessen Ermordung durch Terroristen eine ernstzunehmende Tendenz in der russischen Innenpolitik ankündigte, war Rußland so groß wie nie zuvor, geht man vom Zugewinn fremder Territorien aus. Etwa zur gleichen Zeit setzte sich die Erkenntnis durch, daß die mit dem Reformwerk der 60er Jahre gehegten Erwartungen nicht mehr zu realisieren waren.

Man neigt dazu, diese Behauptung mit den nicht eingetroffenen sozialen Verbesserungen und der ausgebliebenen Verfassungsreform, bisweilen auch mit ökonomischen Schwierigkeiten zu begründen. Sicherlich wog die Tatsache, daß die Reformen nicht das erhoffte wirtschaftliche Aufblühen und auch keine befriedigende Lösung der sozialen Fragen brachten, sehr schwer. Doch zumindest bei dem sozial unmittelbar betroffenen Teil des Adels rührte die Enttäuschung nicht primär aus den unerfüllten ökonomischen Erwartungen, sondern aus dem Eingeständnis, daß sich

auch der innere Sinn des politischen Mühens der letzten Jahrzehnte - die vollständige Revision der Pariser Verträge hinsichtlich der freien Durchfahrt in den Meerengen - nicht erfüllt hatte. Die Hoffnung auf eine Umsetzung der sehr weit gehenden außenpolitischen Visionen, für die der Krimkrieg geführt worden war, entschwand in weite Ferne. Von diesem Zeitpunkt an begann die Bilanz des 19. Jahrhunderts für viele Schriftsteller, Historiker und Publizisten eindeutig dunkle Konturen anzunehmen. Wenn in heutigen Geschichtsbetrachtungen die europäischen Kräftekonstellationen und namentlich das Großmächteproblem wenig gewürdigt werden, so hat dies weniger mit dem europäischen 19. Jahrhundert als mit der deutschen Gegenwart zu tun. Vor allem K. Zernack hat in Anknüpfung an Leopold Ranke dem historischen Hervortreten und Verschwinden der Großmächte, ihrem Zusammen- und Gegenspiel, den „mächtepolitischen Grundbedingungen der neueren osteuropäischen Geschichte“ große Beachtung geschenkt.[5] B. Bonwetsch stellte im Hinblick auf die Auflösung der Sowjetunion die interessante These auf, daß die Bürde der Weltmacht, unter der die Sowjetunion zusammengebrochen ist, schon für das Rußland der Jahrhundertwende zu schwer gewesen sei.[6] Dem zuzustimmen fällt um so leichter, wenn man den wirtschaftlichen Aspekt in den Mittelpunkt rückt.

Hinsichtlich des Großmachtstatus tauchen einige Definitionsschwierigkeiten auf. Für die neuere und neueste Zeit gibt es drei Bezeichnungen, zwischen denen zu unterscheiden nicht allein im Interesse der Definitionenordnung liegt: Großmacht, Weltmacht und Supermacht. Rußland hat sich seit dem 18. Jahrhundert und vor allem im 19. Jahrhundert als eine europäische Großmacht verstanden und zwar im Sinn der zusammen mit den anderen europäischen Großmächten getragenen Verantwortung für die Aufrechterhaltung der politischen Ordnung und des Gleichgewichtes in Europa. Diese Stellung verdankte es in erster Linie seiner geopolitischen Lage und den militärischen Erfolgen. Im Gegensatz zu den anderen europäischen Großmächten besaß Rußland, das in Asien gerade vor der Jahrhundertwende erheblich expandierte, keine Ambitionen auf eine Weltmachtrolle. Zu einer Weltmacht oder Supermacht wurde es erst nach dem Sieg im zweiten Weltkrieg, und das hing vor allem mit der neuen Weltkonstella-

tion und mit den neuen Anforderungen an die Militärtechnik zusammen.
Anders als in Deutschland konnten im Rußland der Jahrhundertwende keine offen artikulierten Weltmachtambitionen aufkommen. Die wirtschaftliche Situation bildete sicherlich die objektive Grundlage für diese Zurückhaltung.
Die Stimmung der Unsicherheit und die auf die Sieger des Krimkrieges projizierte Feindseligkeit ist am Ende des Jahrhunderts sowohl in Memoiren und Äußerungen russischer Politiker und Publizisten als auch in den von Historikern stammenden Analysen zum verflossenen Jahrhundert anzutreffen. Eine solche Bilanz entstammt der Feder von Boris Nikolaevic Čičerin, einem der wichtigsten Vertreter des sogenannten konservativen Liberalismus. Sein Buch „Rußland am Vorabend des XX. Jahrhunderts" konnte wegen der kritischen Aussage nur im Ausland, z. B. im Berliner Steinitz-Verlag, erscheinen. Darin zeigte sich der Zeuge und kritische Teilnehmer der Reformen der 60er Jahre als ihr bedingungsloser Befürworter, der die Männer vom 19. Februar 1861, dem Tag der Unterzeichnung des Befreiungsmanifestes durch den Zaren, beinahe kanonisierte. Die Methode, den Vorgänger zu loben, wenn man mit dem aktuellen Machthaber unzufrieden ist, war auch schon damals nicht neu. Immerhin zeigte aber dieser Ausgangspunkt, daß der Autor nicht von vornherein die Idee der monarchischen Regierungsform verwarf. Čičerin untersuchte nacheinander die Aspekte der russischen Wirklichkeit, deren Änderung er für dringend notwendig erachtete. Die Unterdrückung der nichtrussischen Bevölkerung, vor allem in den westlichen Gouvernements des Reiches, die sogenannte Russifizierungspolitik, die sich auch in der Wirtschaft, in der Volksbildung und in der Einstellung zu anderen Religionen zeigte, unterwarf er indes einer scharfen Kritik und verwies auf die zu erwartenden Folgen der kurzsichtigen Politik des Staates und der orthodoxen Kirche. Wirksame Veränderungen versprach er sich nur von der Umwandlung der Selbstherrschaft in eine konstitutionelle Monarchie mit starken Elementen der Selbstverwaltung, die aus der schon bestehenden Zemstvo-Institution hervorgehen sollte. Das Problem der Orientierung auf den Westen spielte für den Kenner westeuropäischer Staatsformen eine erstaunlich geringe

Rolle. Die für alle politischen Richtungen obligatorische Frage, ob Rußland sich nach Westen richten oder seinen Sonderweg gehen solle, fehlten in dem Buch fast vollständig. Lediglich ein kurzer Hinweis auf Parallelen zu der Lage in Preußen zwischen den Stein'schen Reformen und der Revolution 1848 verrät die Gedanken, denen er sich jedoch nur zögernd näherte. Erst am Schluß des Buches entschloß er sich, das Problem direkt anzusprechen, ohne fremde Beispiele zu benutzen: Man verkenne die Natur, die innere Logik der Selbstherrschaft, wenn von ihr eine freiwillige Beschränkung ihrer Machtbefugnisse erwartet würde. Andererseits sah Čičerin in Rußland keinen Boden für eine Revolution, nicht einmal für eine ernstzunehmende revolutionäre Bewegung. Die sozialistische Propaganda und die studentischen Unruhen hätten lediglich eine Verstärkung der Repressionen durch den Machtapparat bewirkt. Es verbliebe somit der einzige Ausweg, auf eine Erschütterung von außen zu hoffen, etwa auf eine russische Kriegsniederlage, wie damals im Krimkrieg; nur sie könne Veränderungen an der Spitze, die Machtübernahme durch einen russischen Cavour oder Bismarck, mit dem die dringende politische Veränderung durchzusetzen wäre, ermöglichen.

Zwei Punkte erscheinen in diesem Zusammenhang von Bedeutung.

In der Aufzählung der bedrohlichen Krisenerscheinungen fehlte eine Analyse der wirtschaftlichen Situation. Selbst für den Fall eines Krieges in Europa meinte Čičerin, daß Rußland den anderen Mächten „materiell" ebenbürtig sei. Diese Ansicht war bei weitem keine Einzelerscheinung. Man könnte beinahe glauben, daß nur der Finanzminister und seine Bankiers von den Schwierigkeiten der russischen Wirtschaft wußten, dies aber nicht einmal dem Zaren verrieten.

Es gab zwar auch noch Lenin und die russischen Sozialdemokraten, doch ihr Wissen von der Verelendung der Gesellschaft stammte aus einer anderen Quelle und konnte vorerst, schon wegen der Zensur, nicht verbreitet werden.

Diese Beobachtung stellt nicht die ökonomischen Probleme Rußlands in Frage, etwa die Lage der von der Regelung der Agrarverhältnisse abhängigen Schichten der Landbevölkerung. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß zwischen den Problemen, die

ein Historiker für die Gesellschaft objektiv als belastend empfindet und den Selbstzeugnissen dieser Gesellschaft, nicht selten Diskrepanzen auftreten. Es wäre dringend zu prüfen, ob ein Staat, von dem wir heute annehmen, daß 500 Jahre seiner Geschichte in dem ständigen Bemühen bestanden, die Rückständigkeit gegenüber dem Westen zu überwinden, den Sinn seiner Geschichte tatsächlich so gesehen hat. Will man ökonomische Ursachen für eine Revolution oder auch nur eine politische Demonstration geltend machen, ist als Zwischenglied die darauf beruhende subjektive Befindlichkeit zu ergründen.

Der zweite Punkt erscheint nicht weniger bezeichnend. In den Ausführungen über die angebliche Unmöglichkeit einer Revolution in Rußland klang nicht die natürliche Erleichterung eines konservativen Denkers an. Immerhin hatte Čičerin in der Polemik mit Herzen davor gewarnt, sich über die Bauernaufstände zu freuen, weil er sie als den Anfang des Chaos und als den Abgang von jedem Recht und jeder Moral betrachtete. Derselbe Čičerin sprach nun 40 Jahre später sein Bedauern aus, daß die russische Gesellschaft für eine politische Umwälzung nicht „die ausreichende innere Energie“ besitze.

Bei einer Zusammenführung aller Forschungsergebnisse in Ost und West zum Thema „Ursachen der russischen Revolution“, was auch immer darunter verstanden wird, bekämen wir zumindest für die Ursachen der vorrevolutionären Krise eine befriedigende Aussage. Weniger überzeugend fielen demgegenüber die Forschungsergebnisse zu den Umständen aus, die dafür „verantwortlich“ waren, daß sich von den möglichen Alternativen gerade die der Revolution durchsetzte. Was veranlaßte eine Gesellschaft, die gewohnt war, ihre ungelösten Proleme und ihre Krisenzustände zu konservieren, in kurzer Folge den ungewohnten Weg des Bruchs, der gewaltsamen Überwindung der bestehenden Ordnung zu wählen? Ein Zugang zu dieser Frage könnte in der Hypothese von der vorausgegangenen Revolution in den Köpfen bestehen. Die Biographien der führenden Köpfe der Revolution beinhalten samt und sonders Brüche bzw. den plötzlichen Wandel von Gehorsam zu Rebellion. Nicht selten lag das auslösende Moment in einer privaten emotionellen Erschütterung. So vermutlich auch bei Lenin: Seine Biographen konnten bei dem fleißigen,

gut erzogenen Kind aus einer gläubigen, in der Provinzstadt Simbirsk angesehenen Familie bis zu seinem siebzehnten Lebensjahr nichts entdecken, was auf einen künftigen Revolutionär hindeutete. Mit der Begeisterung für Černyševskijs „Was tun?“ und der Lektüre von Marx’ „Kapital“ befand er sich keineswegs außerhalb der Normen seiner sozialen Umgebung. Erst als er sich unter dem Schock, den die Hinrichtung seines an der Verschwörung gegen den Zaren beteiligten Bruders hinterließ, entschloß, das herrschende Regime mit Mitteln zu bekämpfen, die weiter gingen und konsequenter waren als die der Terroristen der achtziger Jahre, fand dieser Wandel statt. Der Namenswechsel von Uljanow zu Lenin kann als ein Symbol gedeutet werden.

Ein anderes Beispiel aus dieser Reihe ist der Sinneswandel des Georgij Čičerin. Bleibt man bei der Symbolik des Namenswechsels, so ging er nicht ganz soweit wie Lenin, da er lediglich den Vornamen von Jurij zu Georgij wechselte. Er tat es allerdings genau zu dem Zeitpunkt, als er sich von seinem bisherigen Leben loszulösen begann. Der spätere Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten Sowjetrußlands und dann der Sowjetunion war um die Jahrhundertwende seinem berühmten Onkel bei der Beschaffung von Material für die kritischen Exkurse zur russischen Außenpolitik unentbehrlich, denn er saß an der Quelle: im Archiv des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten, wo er als Angestellter Zugang zu den geheimen Dokumenten hatte. Darüber hinaus verfaßte er zum Jubiläum des Ministeriums im Jahre 1902 eine bei solchen Gelegenheiten übliche Festschrift; seine Vorgesetzten prämierten ihn für die erfolgreich vollendete Arbeit. Die von Čičerin stammenden Entwürfe kann man heute mit der Druckfassung vergleichen: Die Unterschiede sind nicht substantiell. Später behauptete Georgij Čičerin in einem Brief an Peter Struwe, daß er schon damals wesentlich radikalere Auffassungen als sein Onkel gehabt hätte. Aus den Veröffentlichungen der beiden kann man eher den gegenteiligen Eindruck gewinnen.

Als Georgij zwei Jahre später ins Ausland flüchtete - offiziell wurde die Reise mit einer Genesungskur für seine angegriffenen Nerven begründet -, gehörte das Bild der studentischen Massendemonstration bei der Beerdigung des Onkels zu den letzten prägenden Eindrücken, die er aus dem vorrevolutionären Moskau in

das Berliner Exil mitgenommen hatte. Während er schon bald dabei war, die riesige Erbschaft, die ihm der Onkel hinterlassen hatte, für die Finanzierung der Revolution aufzubrauchen, verwüsteten aufgebrachte Bauernrebellen das große Gut im Gouvernement Tambow.[7] Die 70jährige Witwe Boris Čičerins, des Mannes, der vor 50 Jahren in heftiger Polemik mit Alexander Herzen vor den Ausschreitungen der Bauern, die von den Revolutionären angestiftet worden wären, warnte, mußte das ausgebrannte Haus verlassen. Als sie ihrem Neffen von den Ereignissen berichtete, meinte er, daß es angesichts des Kampfes um das Glück der Menschheit lächerlich wäre, an die privaten Unannehmlichkeiten der einzelnen zu denken. Die Revolution in seinem Kopf war damit vollzogen.

Die Methode, biographische Analysen zu Rate zu ziehen, ist für die Erklärung, wie die Bereitschaft zur revolutionären Erhebung entstand, unverzichtbar. Sie hilft allerdings kaum, wenn es um die Ergründung des Bewußtseins der Massen geht. In dieser Hinsicht steht die Geschichtsschreibung nach wie vor am Anfang.

Wenig ergiebig ist auch die Methode des Vergleichs mit den Zuständen in Westeuropa. Das Ausbleiben der Revolution z. B. in England oder aber auch in Italien und in Spanien kann nicht als Beweis für das besondere Ausmaß der unlösbaren sozialen Widersprüche gerade in Rußland gelten. Lenins Auffassung, in der der Antagonismus verschiedener Widersprüche und die Existenz einer politischen Kraft, die sich diese Widersprüche für die Revolution und die Machtergreifung dienstbar macht, einen zentralen Platz einnahmen, interpretiert man heute als Beweis für den Voluntarismus seiner Revolutionsauffassung. Diese Beschuldigung hat allerdings nur im Rahmen einer marxistischen Geschichtsauffassung ihre Berechtigung.

Für eine umfassende Einschätzung der in den ersten zwei Jahrzehnten vollzogenen Umwälzungen scheint mir wichtig zu sein, nicht nur auf Unterschiede im Charakter und in den Zielen der drei Revolutionen zu achten, sondern zu versuchen, das Ganze als eine Einheit, als eine Revolution, in Abgrenzung zu der bis dahin evolutionären Entwicklung, zu sehen.

Ein spontaner Zusammenstoß in der Nähe der Zarenresidenz, bei dem gewiß auch Zufall im Spiele war, löste in kurzer Zeit Bewe-

gungen im ganzen Land aus, auch an der entlegenen Peripherie des Imperiums, bei denen organiserte Aktionen und spontane Erhebungen sich einander ergänzten und vertieften. Opfer, Entbehrungen, Strafexpeditionen - all die Folgen der Niederlage - waren noch frisch im Gedächtnis, als das Volk im Frühjahr 1917 erneut den Weg des bewaffneten Kampfes wählte. Noch kürzer war die Zeitspanne zwischen Februar- und Oktoberrevolution. Wir wissen, welche Probleme entstehen, wenn man dem Volk zweimal innerhalb eines Jahres einen Wahlkampf und den Gang zur Wahlurne zumutet. Man spricht dann von Wahlüberdruß. Wenn innerhalb von 12 Jahren drei Revolutionen ausbrechen, kann die säuberliche Unterscheidung zwischen ihren Bestandteilen nicht wichtiger sein als die Betrachtung des Ganzen, des aus dem Rahmen geratenen Prozesses. Die Wirkung der vier Kriegsjahre ist selbstverständlich in diese Betrachtungsweise einzubeziehen.

Wir wissen bis heute zu wenig darüber, wie schwierig es für das Volk war, zum ersten Mal die Schranke, die eine friedliche Demonstration mit Petitionen an den Zaren von dem entschlossenen Auftritt mit der Waffe in der Hand trennte, zu überschreiten. Wir besitzen immer mehr Zeugnisse über die qualvolle Entwicklung von Vertretern der herrschenden Schicht und der Intelligenz, die, wie Čičerin, 1900 an den neuen Reformsatz nicht mehr glauben konnten.

Dabei ist es mehr oder weniger unerheblich, ob die damalige Sicht auf das Reformwerk 1900 gerechtfertigt war. Hingegen ist unbedingt festzuhalten, daß die Zeitgenossen der Jahrhundertwende ihre gesellschaftlichen Depressionen mit der Erfahrung bzw. in der Überzeugung begründeten, daß der Reformweg nicht das Mittel war, um die als notwendig erachteten Veränderungen herbeizuführen. Der Weg von dieser Überzeugung bis zu der Feststellung, daß nur ein Bruch mit der bestehenden Ordnung die russische Gesellschaft aus der Krise herausführen könne, war nicht mehr lang.

Dieser Weg wurde innerhalb von vier Jahren zurückgelegt: So könnte die eine mögliche Variante lauten, denn der blutige Sonntag im Januar 1905 stellte die revolutionäre Zäsur dar.

Für einen kleinen, aber einflußreichen Teil der Gesellschaft, der

in der von Lenin gebrauchten bekannten Charakteristik der revolutionären Situation als „die oben“ umschrieben wird, dauerte dieser Weg etwas länger.
Die Erkenntnis von der Vergeblichkeit des Tuns führt selten sofort zu praktischen Konsequenzen. Sergej Vitte versuchte bis zu seiner Entlassung durch Reformvorschläge, die er dem Zaren unterbreitete, die Arbeitsgesetzgebung und eine Veränderung in den Agrarverhältnissen durchzusetzen. Svjatopolk-Mirskij, der anstelle des von Terroristen ermordeten Pleve das wichtige Amt des Innenministers übernehmen sollte, erschien kurz vor dem Ausbruch der Revolution mit einem Reformpaket zur Audienz beim Zaren. Sein Anliegen bestand darin, die Selbstverwaltungsorgane - die Semstvo - zu stärken. Der Zar glaubte, mit einer Bemerkung, die an dem Kern der Frage vorbeizielte, diesen Vorstoß erfolgreich aus der Welt geschafft zu haben. Mit einem rührend naiven Hinweis, der dem Niveau der Zarenargumentation entsprach, stellte sich die Gattin des Ministers an die Seite ihres Mannes. „Eure Majestät, glauben Sie mir, ich habe lange auf dem Lande gelebt und kenne diese Semstvoleute. Die sind im Grunde harmlos“, so versuchte sie, allerdings vergeblich, dem Selbstherrscher die Angst vor den Volksvertretern zu nehmen. Auf den erneuten Vorstoß des Ministers, die Teilnahme der gewählten Volksvertreter an der Gesetzgebung zu erwirken, erwiderte der Zar: „Ja, es ist in der Tat notwendig. Man sollte die Semstvoleute vielleicht die Veterinärfrage erörtern lassen.“[8] Man kann davon ausgehen, daß der Zar auch zu diesem Zugeständnis nur deshalb bereit war, weil er von der „Veterinärfrage“ keine Ahnung hatte.
Der für Anfang November einberufene Kongreß der Semstvobeauftragten durfte wegen des Zarenverbots offiziell nicht tagen. Er verlegte deshalb seine Sitzungen in Privaträume. Die Organisatoren des Kongresses waren über diese Lösung nicht unglücklich: Einerseits konnten sie sich als Opposition gebärden, andererseits waren sie vor dem Zugriff der revolutionären Studenten gut versteckt.
Episoden dieser Art könnten für fast jeden Tag in den Monaten vor der Revolution angeführt werden. Als die Revolution ausbrach, glaubte man, sie als Druckmittel benutzen zu können, um

Reformen zu erzwingen. So entstand das Zarenmanifest vom Oktober 1905, das Äußerste an Zugeständnissen, zu denen der Monarch zu bewegen war. Für die Formen und Inhalte der Auseinandersetzung im Jahre 1917, vor allem für die Bereitschaft der Massen zur Oktoberrevolution, spielten diese Erfahrungen aus dem Jahre 1905 eine große Rolle. Ein anderer Aspekt, der eine Erklärung für die äußerste Entschlossenheit der Massen zu dem Bruch mit der bestehenden Ordnung bietet, ist die Haltung zur russisch-orthodoxen Kirche. Der Bruch der russischen Bauern mit der Kirche verlief parallel mit der tiefen Verzweiflung an der Kirche, die in den Kreisen der Intelligenz um die Jahrhundertwende zu beobachten war.

Merežkovskij erkannte das kurz nach 1905 und faßte es in einem beeindruckenden Bild zusammen: „Im stummen Tasten des Schlüsselburger Häftlings Nowikow; im kindlichen Stammeln der mystischen Dekabristen; im sanften Gebet des verrückten Tschaadajews; im unterirdischen Murmeln des blinden Titanen Tolstoj; in der Stimme des Predigers in der Wüste Solowjow - klingen immer die gleichen Worte: Dein Reich komme.“[9] Die russische Revolution habe sich nun ohne das religiöse Bewußtsein oder sogar im Widerspruch mit ihm vollzogen.

Jahre später charakterisierte ein anderer russischer Religionsphilosoph, Nikolaj Berdjaev, das im Programm der Kommunisten festgehaltene Streben nach sozialer Gerechtigkeit als eine sozialistische Ersatzreligion.

Kehren wir unter einem anderen Gesichtspunkt zu der Ausgangsthese zurück: Rußland als ein Teil Europas im Jahre 1900. Diese selbstverständlich klingende Einordnung ist heute, sobald man sie im Zusammenhang mit der Ausgrenzung Europas gegenüber der nichteuropäischen Welt gebraucht, so umstritten wie zur Jahrhundertwende oder auch noch früher, zu jener Zeit, als um den künftigen Weg Rußlands gestritten wurde.

Die Tendenz, mit der Zuordnung zu Europa oder zu Asien eine Wertung, eine Aussage über den Inhalt der Politik, über die Struktur und den Reifegrad der Gesellschaft, über die einem imaginärem Typus des Europäers zumutbare Durchschaubarkeit des Alltags zu verbinden, kann schon seit den ersten Überlieferungen über die Erfahrungen mit den östlichen Nachbarn Europas

nachgewiesen werden. Im 19. Jahrhundert spiegelte sich diese Tendenz in Rußland vor allem im Streit um den Sonderweg, der zwischen den Slawophilen und den Westlern geführt wurde, wider. Es ging dabei freilich weniger um die asiatischen Einflüsse als vielmehr um die slawischen - also ost- und südosteuropäischen - Einflüsse.

Diese Frage kann nicht - und dies ist wohl unbestritten - für die gesamte neuere Geschichte gleichermaßen beantwortet werden. Zeiten der kulturellen, politischen, ökonomischen Annäherung und Entfremdung wechselten einander ab. Ebenso unterlag auch die Bereitschaft, die Zugehörigkeit zu Europa oder zu Asien alternativ zu sehen oder überhaupt als Problem aufzufassen, erheblichen Schwankungen.

Umgekehrt ließ die Großmachtrolle, die Rußland in Europa spielte, zumindest in der Politik keine Zweifel am europäischen Wesen zu. Daß es zunehmend asiatische Eroberungen waren, mit denen Rußland seine Großmachtposition ausbaute und die zugleich dafür den Beweis lieferten, fand auf der Ebene der großen Politik keine sonderliche Beachtung: Rußland bildete in dieser Hinsicht unter den Großmächten keine Ausnahme. Alle europäischen Großmächte betrachteten den Besitz von Kolonien und seinen Zuwachs als das erstrebenswerte Ziel, eben als die Norm. Daß das kolonisierte Asien das europäische Wesen der Großmacht Rußland beeinflussen, gar beeinträchtigen könnte, war sowohl für die Verbündeten als auch für Gegner Rußlands in Europa unerheblich.

Die asiatischen Besitzungen Rußlands nahmen um die Jahrhundertwende in dem Gesamtbild des Landes unterschiedliche Plätze ein. Die weit entfernten und erst kurz zuvor angegliederten Territorien in Mittelasien und im Fernen Osten wurden eindeutig als Fremdkörper betrachtet. Für die Untersuchung der ständigen Wechselwirkung zwischen der Kolonie und der Metropole ist Sibirien aus mehreren Gründen geeignet. Sibirien hatte kurz vor der uns interessierenden Zäsur - 1900 - das 300. Jubliäum des Anschlusses an das Russische Reich feierlich begehen dürfen. Spektakuläre Veränderungen vollzogen sich in diesem Teil des Reiches erst in den letzten Jahren vor dem ersten Weltkrieg: Es gab in Rußland kaum eine Region, die in diesem Zeitraum einen

so großen Sprung in der ökonomischen Entwicklung gemacht hatte. Die sichtbare Ursache dafür war der Bau der Transsibirischen Eisenbahn, der in einer Rekordzeit, zwischen 1894 und 1904, erfolgte. Die Massenumsiedlungen und die Veränderung in der wirtschaftlichen Struktur im Hinblick auf die Erhöhung des Anteils Sibiriens am russischen Export waren erst durch diesen Eisenbahnbau möglich geworden. Mit der Eisenbahn, mit dem Näherrücken der Probleme des europäischen Rußlands, kam auch die Arbeiterbewegung nach Sibirien. Sibirien gehörte während der Revolution 1905 zu den Zentren der revolutionären Erhebungen. Zu den aktiven Teilnehmern der Streiks, der Aufstände, der revolutionären Organisationen gehörten neben den politischen Verbannten aus den europäischen Teilen des Landes die Eisenbahnarbeiter, die ebenfalls zum großen Teil aus den westlichen Regionen kamen.

Allerdings äußerte sich das sozial-politische Erwachen Sibiriens nicht allein in der Stärkung und dem Aufbrechen von europäischen oder auch slawischen Einflüssen.

Mit der Kolonisation im Sinne von Besiedlung von freien Territorien mit Russen oder Ukrainern, d.h. mit dem ethnisch gesehen osteuropäischen Element, setzte zugleich ein Prozeß der Entfremdung von der Metropole ein. Die ethnische und kulturelle Verbundenheit mit dem europäischen Rußland schwächte sich ab. Statt dessen trat eine neue Schicksalsgemeinschaft hervor, in der sogar die Solidarisierung mit den Eingeborenen ihren Platz fand. So entstand der sibirische Regionalismus, als Oblastničestvo terminologisch erfaßt. In dem Spektrum oppositioneller politischer Regungen jener Zeit nahm der sibirische Regionalismus eine Sonderstellung ein. Die marxistischen Bewegungen sahen in ihm eine Zeit lang einen potentiellen Verbündeten. Doch schon 1905 zeigten sich unüberwindbare Gegensätze: Nicht die Vereinigung der Proletarier der ganzen Welt, sondern die Durchsetzung der Interessen der eigenen Region, d.h. die Absonderung und die Suche nach separaten Lösungen, war die Parole. Mit den nationalen Bewegungen hat er die Zielbestimmung gemeinsam, die in der extremen Forderung nach Unabhängigkeit, aber auch in dem Verlangen nach der Berücksichtiggung historischer, ökonomischer, naturbedingter Besonderheiten der Region durch die Re-

gierung gipfelt. Diese Sonderbehandlung bzw. Unabhängigkeit wurde mitunter auch mit historischen Argumenten der kolonialen Eroberung und deren Folgen begründet, aber nicht mit ethnischen und nationalen Gesichtspunkten.

Auf die Beziehungen Rußlands zu Europa wirkten sich die gegenseitigen kulturellen und geistigen Einflüsse besonders prägend aus. Ein Zeitgenosse bezeichnete das Rußland um 1900 als ein Laboratorium sozialer Ideen. In der Wechselseitigkeit geistiger Einflüsse zwischen Deutschand und Rußland reflektierten sich kulturelle Höhepunkte in ganz Europa. In Petersburg und in Berlin wurden Strindberg und Nietzsche diskutiert. In beiden Hauptstädten bemühte man sich in großer Eile, die Dramen des Belgiers Maeterlinck für die Bühnen zu übersetzen. Im Winter 1900 wurden in Petersburg in Vorbereitung zur Pariser Weltausstellung Kunstausstellungen von Djagilev organisiert. Nach Paris sollten sie in Berlin und Wien gezeigt werden, was das Interesse der Petersburger an diesem Kulturereignis noch zusätzlich steigerte. Auf dem Spielplan des Moskauer Künstlertheaters stand neben Čechovs „Die Möwe“ und „Onkel Vanja“ auch Gerhard Hauptmanns „Einsame Menschen“.

Europa war näher gekommen, vielleicht aber auch nur näher gerückt, dank des technischen Fortschritts, der die Entfernungen und die Grenzen aufzuheben versprach. Aus der Nähe betrachtet erschien es nicht allen und schon gar nicht in allem nachahmenswert. Für viele Vertreter unterschiedlicher politischer Richtungen erschien die Gegenwart Europas - der Kapitalismus - abschreckend. In den Kreisen der Slawophilen suchte man im Konservieren der russischen Rückständigkeit den Weg, um dem Kapitalismus zu entrinnen. Die russischen Marxisten sahen, ebenso wie die Gleichgesinnten im Westen, in der Weltrevolution den Ausweg. Unter europäischem Vorzeichen, in die Theorie der Weltrevolution eingebunden, wurde auch die russische sozialistische Revolution vorbereitet und durchgeführt.

Nicht erst zu dieser Zeit trat das andere wesentliche Element der Beziehungen Rußlands zu Europa hervor: die gegenseitige Angst. „Gendarm Europas“ wurde Mitte des 19. Jahrhunderts der unbegreifliche östliche Nachbar genannt. Die Angst vor der russischen Seuche - der Revolution - war ein ständiger Bestandteil

der westeuropäischen strategischen Konstruktionen und der Politik.
Umgekehrt verhielt es sich nicht anders. Wenn wir feststellen, daß sich über Jahrhunderte die ökonomische Rückständigkeit Rußlands am wenigsten in seiner Rüstungsindustrie bemerkbar machte, spiegelt sich darin auch die permanente Angst vor Westeuropa wider.
Die Auflösung der Sowjetunion hatte unter anderem zur Folge gehabt, daß die Zugehörigkeit zu Europa von den einzelnen Republiken in unterschiedlicher Weise zu definieren war. Sie wurde einerseits rein pragmatisch unter dem Gesichtspunkt der Aussichten auf die Zugehörigkeit zur europäischen Gemeinschaft gesehen. Andererseits kollidierte die Bereitschaft zur politischen Beitrittserklärung zu Europa mit der Diskussion über den besonderen russischen Weg, die angesichts des Zusammenbruchs des Systems und des Staates, wie nicht anders zu erwarten, eine neue Nahrung bekam.
An der Wende zum 20. Jahrhundert war Rußland eine europäische Großmacht, deren Einfluß auf Europa vorwiegend auf politischem und geistigem Gebiet bestand. Die Westeuropäer waren von den Erscheinungen der russischen Wirklichkeit fasziniert, zumal es in ihrem Alltag keine Analoge gegeben hat. Das Nebeneinander und die Verschmelzung von osteuropäischen und asiatischen Kulturwelten gehörten primär dazu.
Doch das, was die von Rußland faszinierten Freunde und Kenner dieses Landes aus der Ferne bewunderten, was ihre Kritiker, die Rußland europäisch sehen wollten, ungeduldig an Maßstäben der eigenen Länder maßen und ablehnten, war in Wirklichkeit ein Konfliktstoff der russischen Geschichte, deren Lösung nur im Lande selbst gefunden werden konnte. Ein langwieriger Weg war angesagt. Statt dessen suchte die russische Gesellschaft ihr Heil in Revolutionen, jedesmal von neuem in der Hoffnung, mit einem Umsturz die Probleme zu lösen. Wahrscheinlich war es ein falscher Weg.

Anmerkungen

1 Europa um 1900. Texte eines Kolloquiums, hrsg. v. *F. Klein* und *K. Ottmar von Aretin*, Berlin 1990.
2 *W. von Humboldt*, Der Geschichtsschreiber als Künstler, in: Universalität, Jena-Leipzig 1907, S. 143.
3 *A.S. Nifontov*, Zernovoe proizvodstvo v Rossii vo vtoroj polovine XIX veka, Moskau 1974, S. 190; B.G. Litvak, Perevorot 1861 goda v Rossii: počemu ne realisovalas' reformatorskaja al'ternativa, Moskau 1991.
4 Die Große Politik der europäischen Kabinette, hrsg. von *J. Lepsius, A. Mendelsohn-Bartholdy, F. Thimme*, Berlin, 1922-27, Bd. XV, Nr. 4217.
5 Zit. nach *K. Zernack*, „Negative Polenpolitik" und deutsch-russische Beziehungen, in: Deutsch-russische Beziehungen. Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jh. bis 1917, Berlin 1992, S. 68-73.
6 *B. Bonwetsch*, Das Ende der Sowjetunion: die untragbare Bürde der Weltmacht, in: Osteuropa, H. 7, 1992, S. 551-563.
7 Rossijskij centr chranenija i izucenija dokumentov novejsej istorii Moskau, fond 159 (G.V. Čičerin), op. 1, d. 14.
8 *K. Svjatopolk-Mirskaja*, Dnevnik, in: Istoričeskie zapiski, Moskau 1965, Bd. 77, S. 269.
9 *D. Merežkovskij, Z. Hippius, D. Philosofoff*, Der Zar und die Revolution, München-Leipzig 1908, S. 136.

Ludmila Thomas

1934 in Kuzbass, Sibirien, geboren.
1952-1957 Studium an der historisch-philologischen Fakultät der Leningrader Universität.
1957 Übersiedlung in die DDR, Berlin.
1957-1964 Assistentin am Institut für Gesellschaftswissenschaften, Berlin.
1964-1991 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Akademie der Wissenschaften, Berlin.
1964 Promotion über das Thema „Die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der UdSSR und der DDR im Jahre 1955“.
1990 Habilitation mit der Arbeit „Machtkämpfe und Reformen in Rußland. Das Beispiel Handelsflotte (1856-1914)“.

Wichtige Veröffentlichungen

Geschichte Sibiriens von den Anfängen bis zur Gegenwart. Akademie Verlag, Berlin 1982.
Die Stellung des Bonner Staates zur Sowjetunion 1949-1958, in: Die Große Sozialistische Oktoberrevolution und Deutschland, Bd. 2, Berlin 1967.
Die russische Handelsflotte. Situation und Probleme Ende des 19. Jahrhunderts bis 1917, in: Jahrbuch für Geschichte der sozialistischen Länder Europas (JfGSLE), Bd. 27, Berlin 1983.
Das Handelshaus Kunst und Albers im russischen Fernen Osten bis 1917. Zum Problem des deutschen Kapitals in Rußland, in: JfGSLE, Bd. 28, Berlin 1984.
Rivalitäten deutscher und russischer Schiffahrtsgesellschaften im Transatlantikgeschäft. Politische und ökonomische Hintergründe, in: Jahrbuch für Geschichte, Bd. 29, Berlin 1984.
Friedensvermittlungen zwischen Deutschland und Rußland während des ersten Weltkrieges, in: JfGSLE, Bd. 32, Berlin 1988.

Wladimir Uljanow-Lenin, in: Die Kremlchefs, hrsg. von Lothar Kölm. Berlin: Dietz-Verlag 1991.
Die deutsch-russischen Beziehungen als Gegenstand weltgeschichtlicher Forschungen, in: Deutsch-russische Beziehungen. Ihre welthistorischen Dimensionen vom 18. Jahrhundert bis 1917, hrsg. von Ludmila Thomas und Dietmar Wulff, Berlin 1992.

In der Reihe **Öffentliche Vorlesungen** sind erschienen:

1 *Volker Gerhardt*
Zur philosophischen Tradition der Humboldt-Universität

2 *Hasso Hofmann*
Die versprochene Menschenwürde

3 *Heinrich August Winkler*
Von Hitler zu Weimar
Die Arbeiterbewegung und das Scheitern der ersten deutschen Demokratie

4 *Michael Borgolte*
„Totale Geschichte“ des Mittelalters?
Das Beispiel der Stiftungen

5 *Wilfried Nippel*
Max Weber und die Althistorie seiner Zeit

6 *Heinz Schilling*
Am Anfang waren Luther, Loyola und Calvin - ein religionssoziologisch-entwicklungs-geschichtlicher Vergleich

7 *Hartmut Harnisch*
Adel und Großgrundbesitz im ostelbischen Preußen 1800 - 1914

8 *Fritz Jost*
Selbststeuerung des Justizsystems durch richterliche Ordnungen

9 *Erwin J. Haeberle*
Berlin und die internationale Sexualwissenschaft

10 *Herbert Schnädelbach*
Hegels Lehre von der Wahrheit

11 *Felix Herzog*
Über die Grenzen der Wirksamkeit des Strafrechts

12 *Hans-Peter Müller*
Soziale Differenzierung und Individualität
Georg Simmels Gesellschafts- und Zeitdiagnose

13 *Thomas Raiser*
Aufgaben der Rechtssoziologie als Zweig der Rechtswissenschaft

14 *Ludolf Herbst*
Der Marshallplan als Herrschaftsinstrument?
Überlegungen zur Struktur amerikanischer Nachkriegspolitik

15 *Gert-Joachim Glaeßner*
Demokratie nach dem Ende des Kommunismus

16 *Arndt Sorge*
Arbeit, Organisation und Arbeitsbeziehungen in Ostdeutschland

17 *Achim Leube*
Semnonen, Burgunden, Alamannen
Archäologische Beiträge zur germanischen Frühgeschichte

18 *Klaus-Peter Johne*
Von der Kolonenwirtschaft zum Kolonat
Ein römisches Abhängigkeitsverhältnis im Spiegel der Forschung

19 *Volker Gerhardt*
Die Politik und das Leben

20 *Clemens Wurm*
Großbritannien, Frankreich und die westeuropäische Integration

21 *Jürgen Kunze*
Verbfeldstrukturen

22 *Winfried Schich*
Die Havel als Wasserstraße im Mittelalter:
Brücken, Dämme, Mühlen, Flutrinnen

23 *Herfried Münkler*
Zivilgesellschaft und Bürgertugend
Bedürfen demokratisch verfaßte Gemeinwesen einer sozio-moralischen Fundierung?

24 *Hildegard Maria Nickel*
Geschlechterverhältnis in der Wende
Individualisierung versus Solidarisierung

25 *Christine Windbichler*
Arbeitsrechtler und andere Laien
in der Baugrube des Gesellschaftsrechts
Rechtsanwendung und Rechtsfortbildung

Es erscheinen demnächst:

27 *Wolfgang Reisig*
Verteiltes Rechnen:
Im wesentlichen das Herkömmliche oder etwas grundlegend Neues?

28 *Ernst Osterkamp*
Die Seele des historischen Subjekts
Historische Portraitkunst in Friedrich Schillers „Geschichte des Abfalls der vereinigten Niederlande von der Spanischen Republik“

29 *Rüdiger Steinlein*

Märchen als poetische Erziehungsform

Zum kinderliterarischen Status der Grimmschen „Kinder- und Hausmärchen“